MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 1. OKTOBER 2025

„Bürgerliches Picknick“ in Kötcse

Am 7. September 2025 fand im südwestungarischen Dorf Kötcse das jährliche „Bürgerliche Picknick“ statt. Bei der diesjährigen Veranstaltung waren erneut zahlreiche ranghohe Vertreter der ungarischen Politik anwesend – darunter auch Ministerpräsident Viktor Orbán. Er nutzte die Gelegenheit unter anderem, um seine Sicht auf die aktuelle weltpolitische Lage darzulegen sowie über die Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der Europäischen Union zu sprechen. In seiner Rede merkte Orbán bedauernd an, dass sich die Europäische Union in einer fortdauernden Krise und im wirtschaftlichen Niedergang befände. Die EU verliere zunehmend an Wettbewerbsfähigkeit und gerate im globalen Wettstreit entsprechend ins Hintertreffen. Als Beleg führte er die Entwicklung des Anteils Europas an der Weltwirtschaft an. Lag ebenjener im Jahre 2008 noch bei 25,4 Prozent, sank er bis 2025 auf 17,6 Prozent ab. Die USA hingegen konnten ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und ihren Anteil im selben Zeitraum von 22,9 Prozent auf 26,8 Prozent verbessern. Die EU zeige immer mehr Verfallserscheinungen und es bestehe laut Orbán die begründete Gefahr, dass der kommende EU-Finanzrahmen, sollte er überhaupt verabschiedet werden können, der letzte sein könnte und das Projekt der europäischen Einigung als „edler Versuch mit bösem Ausgang“ in die Geschichtsbücher eingehen könne.

Orbán betonte, dass sich die Europäische Union sowohl politisch als auch wirtschaftlich grundlegend reformieren müsse, um den aktuellen Herausforderungen wirksamer begegnen zu können und zugleich ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie Resilienz zu stärken. Auf der politischen Ebene skizzierte Orbán die Vision eines „kreisförmigen Europas“. Dieses Europa solle im Kern aus vier Ringen bestehen, welche sich durch unterschiedliche Themenbereiche und den Grad der politischen Integration definieren. Im vierten und äußersten Ring sollen nach Vorstellung des ungarischen Ministerpräsidenten auch jene Länder Platz finden, die zwar keine Mitglieder der Europäischen Union sind, jedoch in ausgewählten Politikfeldern – etwa der militärischen Sicherheit oder der Energieversorgung – eng mit der EU kooperieren möchten. Zu dieser Gruppe zählte Orbán unter anderem das Vereinigte Königreich, die Ukraine sowie die Türkei. Der dritte Ring würde demnach die regulären EU-Mitgliedstaaten umfassen, die zwar Teil des gemeinsamen Binnenmarktes sein wollen, jedoch eine vertiefte politische Integration ablehnen und (zumindest vorerst) an ihren nationalen Währungen festhalten wollen. Im zweiten Ring verortete Orbán die Staaten der Eurozone – also jene Länder, die sich für eine tiefgreifendere wirtschaftliche Integration entschieden haben oder dies anstreben. Aus seiner Sicht müssten diese Staaten über kurz oder lang auch über einen gemeinsamen Haushalt verfügen. Im innersten Kreis schließlich stünden die Länder, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und rechtlich enger zusammenwachsen möchten. Diese Staaten strebten eine weitreichende Harmonisierung gemeinsamer Werte und Prinzipien an – etwa in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Migration oder Gleichstellung – und wollten deren einheitliche Auslegung und gerichtliche Durchsetzbarkeit sicherstellen. Orbán bezeichnete die Schaffung eines solchen mehrstufigen Kooperationsmodells als notwendigen

Schritt, um die wachsenden Fliehkräfte innerhalb der EU zu bändigen und einem möglichen Zerfall der Union entgegenzuwirken.

Der ungarische Ministerpräsident skizzierte zudem die Maßnahmen, mit denen seine Regierung versuche, das Land von dem aus seiner Sicht gescheiterten, in der EU vorherrschenden Wirtschaftsmodell zu lösen. In Ungarn habe man sich bewusst für eine arbeitsbasierte Gesellschaft entschieden – ein Modell, das auf Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Erwerbstätigkeit setze. Ein ausufernder Sozialstaat sei in diesem System nicht vorgesehen: Die Dauer des Arbeitslosengeldbezugs sei auf drei Monate begrenzt, anschließend bestehe Anspruch auf Grundsicherung, gekoppelt an die Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Eine wiederholte Weigerung, solche Angebote anzunehmen, führe zur vollständigen Einstellung staatlicher Transferleistungen. Auch in der Familienpolitik setze die ungarische Regierung nicht auf steigende Sozialausgaben, sondern auf steuerliche Entlastungen für Erwerbstätige. Ergänzt werde dieses Modell durch den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung, was es ermöglicht habe, sowohl die Fertilitätsrate als auch die Beschäftigungsquote zu steigern. Ziel dieser Maßnahmen sei es, durch gezielte Arbeitsanreize, Steuererleichterungen und wirtschaftsfreundliche arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit des Landes nachhaltig zu stärken.

Staatlicher Rechnungshof warnt vor Zahlungsunfähigkeit der Hauptstadt

Laut dem kürzlich veröffentlichten Bericht des Staatlichen Rechnungshofs (ÁSZ) über die Prüfung der Haushalts- und Finanzlage der Stadtverwaltung verschlechtert sich die finanzielle Lage der Hauptstadtverwaltung seit Jahren kontinuierlich. Sollten keine entsprechenden Maßnahmen eingeführt werden, könnte die Hauptstadtverwaltung im vierten Quartal 2025 zahlungsunfähig werden, wodurch auch die Erfüllung öffentlicher Aufgaben gefährdet sein könnte. Das Dokument weist auf gravierende Mängel, riskante Managemententscheidungen und rechtliche Bedenken hin. Bemängelt wurde unter anderem, dass die Stadtverwaltung in ihrem Haushalt für das Jahr 2025 weder die 51,2 Mrd. Forint, für die an die Regierung zu zahlende Solidaritätsabgabe, noch die Zuschüsse für Wirtschaftsunternehmen in Höhe von 59,6 Milliarden Forint für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen hatte, jedoch unbegründete Dividendenerträge in Höhe von 17,3 Milliarden Forint ausgewiesen hatte. Viele der städtischen Verpflichtungen seien laut Bericht mittlerweile unterfinanziert. So erhalte beispielsweise der öffentliche Nahverkehr der Hauptstadt deutlich weniger finanzielle Mittel, als für seinen Betrieb und die Aufrechterhaltung eines sicheren technischen Zustands erforderlich wären.

Der Bericht des ÁSZ weist konkret ein kumuliertes Defizit von 193,4 Mrd. Forint für die Jahre 2019-24 in der Haushaltsführung der Hauptstadt auf. Bereits Ende 2022 waren die Haushaltsreserven im Umfang von 214,2 Mrd. Forint, die der neue Oberbürgermeister Gergely Karácsony 2019 von seinem Vorgänger erbte, fast komplett aufgebraucht. Die Zahlungsunfähigkeit der Hauptstadt sei laut den Sachverständigen im Grunde bereits Ende 2023 eingetreten und seither seien die Liquiditätsengpässe durch Umschichtungen, verspätete Auszahlungen sowie Entnahmen bei Kommunalfirmen verschleppt worden. Zudem seien keine erkennbaren Maßnahmen zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts ergriffen worden und die Stadtverwaltung habe bis September 2025 faktisch bereits ein

Viertel des Haushalts für das kommende Jahr ausgegeben. Bemängelt wurde zudem, dass der Oberbürgermeister mittlerweile nahezu allein über die Finanzen der Stadt und die Aufnahme neuer Schulden entscheide und die Stadtverordnetenversammlung übergehe.

Die Regierung und der Oberbürgermeister geben sich gegenseitig die Schuld an der finanziellen Misere der Hauptstadt. Die Regierung sieht die Schuld klar in der Misswirtschaft des grünen Oberbürgermeisters und verweist auf das hohe Vermögen, welches er von seinem konservativen Vorgänger, István Tarlós, geerbt hatte. Dieser hatte die Stadt 2019 mit einer prall gefüllten Stadtkasse von 214 Mrd. Forint übergeben. Karácsony hingegen verweist auf die stetig anwachsenden Solidaritätsbeiträge, welche die Stadt an die Regierung zu leisten habe und eine solide Haushaltsführung faktisch unmöglich mache. Während die Budapester Stadtverwaltung im Jahr 2018 lediglich 3,3 % ihrer Ausgaben für die Solidaritätsabgabe aufbringen musste, stieg dieser Wert bis 2025 auf fast 25 %. Dies bestätigt auch der Bericht des Staatlichen Rechnungshofes, laut dem der Solidaritätsbeitrag erheblich gestiegen sei und seit 2019 von circa 10 auf mittlerweile fast 70 Mrd. Forint im Jahr zugenommen und sich über die letzten sechs Jahre auf insgesamt 230,2 Mrd. Forint belaufen habe. Die Regierung widerspricht der Darstellung einer übermäßigen finanziellen Belastung der Hauptstadt durch die Solidaritätsabgabe und verweist auf das stark gestiegene Steueraufkommen der Hauptstadt im selben Zeitraum – allein die Gewerbesteuer sei um rund 85 % von 164 auf 303 Mrd. Forint jährlich gestiegen – sowie die großen Investitionen der Stadt selbst in riskante Projekte. Ein besonders pikantes Beispiel dafür ist, dass die Stadt im Januar dieses Jahres von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machte und einen Teil des Gebiets „Rákosrendező“ im XIV. Bezirk für knapp 51 Mrd. Forint kaufte. Der ungarische Staat hatte zuvor angekündigt, ein rund 85 Hektar großes Areal des Gebiets für einen Nettokaufpreis von 50,9 Mrd. Forint an Investoren aus den Emiraten verkaufen zu wollen. Nachdem die Regierung bekannt gegeben hatte, dass sie eine Einigung mit den Emiraten erzielt hatte, wies Gergely Karácsony darauf hin, dass die Hauptstadt – oder genauer gesagt eines der Unternehmen der Hauptstadt, die Budapester Stadtwerke – ein Vorkaufsrecht auf das Land habe und dieses auch nutzen wolle. Die Stadt hat damit nicht nur große Summen in den Erwerb investiert, sondern sich obendrein verpflichtet die Entwicklung des Projekts voranzutreiben – ein Schritt, der neben der Regierung auch von vielen Experten kritisch beäugt wurde.

Seit Juni 2025 befindet sich die Stadtverwaltung in Verhandlungen mit der Regierung, da die Stadt ihre finanziellen Schwierigkeiten nicht aus eigener Kraft lösen konnte und deshalb um Unterstützung bitten musste, um ihre Liquidität zu stabilisieren. Der Oberbürgermeister zeigte sich in den sozialen Netzwerken jedoch weiterhin kämpferisch. Er drohte der Regierung, dass – sollte sie ihre Budapest-feindliche Politik nicht beenden und die Hauptstadt zahlungsunfähig werden – Budapest die Regierung mit in den Abgrund reißen werde.

Übergabe des BMW-Werks in Debrecen

Nachdem BMW mehrere europäische Städte als mögliche Produktionsstandorte geprüft hatte und schließlich 2018 bekannt gegeben hatte, dass der deutsche Konzern sein neuestes europäisches Werk in Debrecen errichten wird, wurde dieses neue BMW-Werk nun am Freitag, den 26. September 2025, offiziell übergeben. An der Eröffnungsveranstaltung nahmen Ministerpräsident Viktor Orbán und der Minister für Außenwirtschaft und Äußere Angelegenheiten, Péter Szijjártó, teil. János Lázár, Minister für Bauwesen und Verkehr,

Oliver Zipe, Vorstandsvorsitzender von BMW und Hans-Peter Kemser, Werksleiter, waren ebenfalls anwesend. Damit wird der jüngste und gleichzeitig innovativste Produktionsstandort des deutschen Automobilkonzern offiziell in Betrieb genommen. Mit diesem ersten mitteleuropäischen Standort der Firma werden mehrere Tausend Arbeitsplätze geschaffen. Die Produktionskapazität soll rund 150.000 Fahrzeuge im Jahr betragen und Ende Oktober soll die Serienproduktion des neuen BMW iX3 beginnen.

Die Eröffnung des BMW-Werks in Debrecen gibt der Automobilindustrie und damit der gesamten ungarischen Industrie einen enormen Schub und darüber hinaus werden in Kürze mehrere weitere ähnliche Großinvestitionen Früchte tragen, teilte Péter Szijjártó mit. Die Größe und Qualität sind fantastisch und beeindruckend, betonte Viktor Orbán in Bezug auf das Werk. Seiner Meinung nach ist dies ein sicherer Erfolg, denn aus der Zusammenarbeit zwischen deutschen Automobilherstellern und Ungarn können nur gute Dinge entstehen. Die BMW Group investierte bis 2025 mehr als 2 Milliarden Euro in das neue Werk in Debrecen, mit dem erklärten Ziel schlanker und effizienter Strukturen, einem verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen sowie dem wirtschaftlichen Einsatz modernster, digitaler Innovationen. Das neue Werk in Ostungarn ist dabei das erste Automobilwerk des deutschen Autobauers, das im Normalbetrieb ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien verwenden und ohne den Einsatz fossiler Brennstoffe auskommen soll. Rund ein Viertel des jährlichen Bedarfs an Strom soll aus der 50 ha großen PV-Anlage auf dem Werksgelände bezogen werden. Überschüssige Solarenergie, die etwa an arbeitsfreien Tagen entsteht, soll in einem thermischen Speicher gelagert werden.

Vulcan Shield Global: Historische Investitionen in Südostungarn

Am Freitag, den 19. September 2025, wurde in Südostungarn eine weitere Rekordinvestition bekanntgegeben. Nur wenige Tage vor der offiziellen Eröffnung des neuen BMW-Werks in Debrecen kündigte die Stadt Békéscsaba den Bau einer hochmodernen Produktionsstätte des international tätigen Unternehmens Vulcan Shield Global an. Das in Singapur ansässige Technologieunternehmen plant, bis 2033 rund 700 Mio. Euro in den Standort zu investieren und bis zu 2.500 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Ansiedlung gilt nicht nur als größte Investition in der Geschichte der Stadt, sondern auch als bedeutendste im gesamten Burgkomitat Békés. An der Verkündung nahmen neben dem Bürgermeister der Stadt Békéscsaba, Péter Szarvas, ebenfalls der CEO von Vulcan Shield Global, Jason Sun, sowie der ungarische Außenwirtschaftsminister, Péter Szijjártó, teil.

Vulcan Shield Global gilt als Spezialist für hochentwickelte Produkte aus Keramik- und Aluminiumfasern, die eine enorme Hitzebeständigkeit aufweisen und verfügt über Produktionsstätten in der chinesischen Provinz Guangxi. Die vielfältigen Produkte werden in der Automobilindustrie, im Flugzeugbau, im Energiesektor und in vielen anderen Branchen eingesetzt. Im ersten Entwicklungsabschnitt des Werks in Ungarns Südosten sollen Keramikfasern gefertigt werden, die Temperaturen bis zu 1.600°C standhalten. Parallel entsteht ein zweites Werk für die Herstellung von Aluminiumoxidfasern. Diese beiden Projektabschnitte sollen bis 2029 realisiert sein und 1.200 Arbeitsplätze schaffen. Der dritte Abschnitt zielt auf die Fertigung eines neuartigen Materials für die Automobilindustrie. Bis 2033 plant Vulcan Shield Global mit Fertigungskapazitäten von 10.000 t im Jahr sowie 2.500 Beschäftigten auf einem gigantischen Werkgelände von dann 140.000 m2.

Dass die Standortwahl des Investors auf Békéscsaba fiel, dürfte mehrere Gründe haben. Zum einen ist die infrastrukturelle Anbindung der Stadt durch den Bau der Schnellstraße M44 sowie den Ausbau der Eisenbahn signifikant verbessert worden, zum anderen ist die Hochschulausbildung in der Stadt um die Ingenieursausbildung erweitert worden. Zudem ist es ein erklärtes Ziel der ungarischen Regierung bisher strukturschwache Regionen gezielt durch Investitionen in Infrastruktur sowie die bewusste Ansiedlung von Industrien zu stärken. Im Falle von Békéscsaba und Vulcan Shield Global lässt sich die Regierung die Schaffung eines neuen „High-Tech-Industriezentrums" einiges kosten und subventioniert die Investition mit 49 Mrd. Forint oder auch 125 Mio. Euro – knapp 18 Prozent der Investitionssumme.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Erste Zeugenanhörungen im Fall Maja T.

Am Montag, den 22. September 2025, wurde nach einer zweimonatigen Pause der Prozess gegen den deutschen Linksextremisten Simeon Trux, auch bekannt als „Maja T.", fortgesetzt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Anhörung eines Zeugen sowie zweier Opfer sowie die Sichtung von Video- und Fotoaufnahmen der tätlichen Angriffe. Ein im Gerichtssaal anwesender Zeuge schilderte den Angriff auf ein ungarisches Paar, dessen Zeuge er zufällig geworden war. Anschließend wurde die zuvor schriftlich abgegebene Aussage eines ungarischen Mannes verlesen, der am Budapester Westbahnhof angegriffen worden war, dem Angriff jedoch entkommen konnte. Weniger Glück hatte ein deutscher Staatsbürger, der nach dem Übergriff schwer verletzt zurückblieb und sich seither zahlreichen Operationen unterziehen musste. Das Opfer leidet weiterhin unter motorischen und sprachlichen Einschränkungen. Neben seiner Aussage wurde auch ein medizinischer Bericht verlesen. Gesinnungsgenossen und Unterstützer des selbsternannten „Antifaschisten" waren sowohl im als auch außerhalb des Gerichtssaals anwesend. Im Gegensatz zu den Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude verhielten sich die rund 15 Antifa-Sympathisanten im Inneren ruhig. Vor dem Gebäude ertönten abwechselnd laute Musik aus der linksextremen Szene sowie „Free Maja"-Sprechchöre aus Lautsprechern, die während der gesamten Verhandlung auch im Gerichtssaal zu hören waren. Die Verhandlung wurde durch eine massive Polizeipräsenz abgesichert, Zwischenfälle blieben jedoch aus.

Nur einen Tag später, am 23. September, entschied der Rechtsausschuss des Europaparlaments über einen Antrag der ungarischen Regierung, die Immunität der Europaabgeordneten Ilaria Salis aufzuheben, der ebenfalls vorgeworfen wird in die Angriffe verwickelt gewesen zu sein. Salis war bei den letzten Europawahlen über die Liste der italienischen Grünen direkt aus ungarischer Untersuchungshaft ins EU-Parlament gewählt worden. Der Ausschuss lehnte die Aufhebung der Immunität jedoch ab. Das EU-Parlament wird nun am 7. Oktober final über die Immunität von Salis abstimmen, folgte bisher jedoch stets dem Votum des Ausschusses.

QS-Rangliste - Corvinus Universität kann sich behaupten

Die internationale Hochschulranking-Agentur Quacquarelli Symonds (QS) hat weltweit 389 Vollzeit-MBA-Programme bewertet. Im europäischen Vergleich erreichte die Corvinus-Universität den 54. Platz und konnte ihre weltweite Position im Bereich 151 bis 200 erfolgreich halten. In der Region Mittel- und Osteuropa belegte sie gemeinsam mit je einer

Universität aus Kroatien und Estland den ersten Rang. Die Bewertung basierte auf fünf zentralen Kriterien: den Karrierechancen und der unternehmerischen Tätigkeit der Absolventen, dem Verhältnis von Kosten und Nutzen der Ausbildung, der akademischen und wissenschaftlichen Qualität der Hochschule sowie der Diversität.

Proteste gegen die „Propaganda der Regierung"

Am 21. September 2025 fand auf dem Heldenplatz in Budapest eine Großkundgebung ziviler Organisatoren statt. Mit der vom unabhängigen Loupe-Theaterensemble organisierten Kundgebung mit dem Titel „Frische Luft! – Eintreten für freie öffentliche Plätze und saubere öffentliche Sprache" wollten linksliberale Meinungsführer, Schauspieler und Influencer für „Meinungsfreiheit und einen unvergifteten öffentlichen Diskurs" werben. Die Redner nutzten die Gelegenheit, um die Regierung scharf zu kritisierten und deren Rücktritt zu fordern. Des Weiteren forderten sie eine „alternative Nationale Konsultation", mit der die „Erfolgspropaganda der Orbán-Regierung" entlarvt werden würde und protestierten gegen die ständigen Plakataktionen, mit denen die Fidesz die Gesellschaft spalte und Hass säe. Einige Redner behaupteten, der Fidesz vergifte absichtlich die Atmosphäre im Land, um totale Kontrolle zu erlangen. Nur der liberale Rechtsstaat mit seinen Werten könne das Leben in diesem Land wieder lebenswert machen. Im Publikum waren Regenbogen- und ukrainische Flaggen zu sehen. Trotz des erklärten, noblen Ziels, den öffentlichen Diskurs verbal abzurüsten, gelang dies den Teilnehmern selbst nur begrenzt, da die Veranstaltung weniger von Forderungen nach Diskurs und Versöhnung, sondern vielmehr von fundamentaler Antiregierungsrhetorik geprägt war.

Flughafen Budapest: Auszeichnung und neue Interkontinentalverbindung

Der Budapester Flughafen Liszt Ferenc hat zum 12. Mal in Folge die Auszeichnung der „Skytrax World Airport Awards" in der Kategorie „Bester Flughafen Osteuropas" gewonnen. Auch im globalen Vergleich konnte der Flughafen seine Position verbessern und kletterte um zehn Plätze auf Rang 67 der weltweit besten Flughäfen. Wie in den vergangenen Jahren erfolgte die Vergabe basierend auf der Zufriedenheitsumfrage von Zehntausenden von Fluggästen, die den Flughafenservice, so Check-in und Sicherheit, bewerteten. Die Skytrax-Auszeichnung ist nicht die einzige Anerkennung, die der Flughafen Budapest in diesem Jahr entgegennehmen durfte. Bereits zuvor wurde der internationale Flughafen Liszt Ferenc mit dem Airport Service Quality Award als bester europäischer Flughafen in der Kategorie von 15 bis 25 Millionen Passagieren ausgezeichnet – das zweite Jahr in Folge.

Gleichzeitig baut der Flughafen sein Verbindungsangebot immer weiter aus. Im Juli berichteten wir über den geplanten Ausbau des Flughafens – u.a. durch die Schaffung eines dritten Passagierterminals. Im kommenden Juni soll es zur Neuauflage der Langstreckenverbindung zwischen Budapest und Toronto kommen. Air Canada soll die Strecke ab dem nächsten Sommer vier Mal wöchentlich bedienen. Die ungarische Fluggesellschaft Wizz Air kündigte zudem an, ihre Basis am Flughafen in Wien nächstes Jahr aufgeben und den dortigen Betrieb einstellen zu wollen. Dieser Schritt wird voraussichtlich 28 Destinationen in 20 Ländern betreffen, was den Standort Budapest zusätzlich aufwerten dürfte.

MOL-Gruppe: Neues Erdölvorkommen bei Galgahévíz

Im Mai berichteten wir über die Vergabe neuer Konzessionen durch das ungarische Energieministerium, um die einheimische Erdöl- und Erdgasförderung zu stärken und die Energiesouveränität des Landes zu stärken und Importabhängigkeiten zu reduzieren. Die ungarische MOL-Gruppe bewarb sich damals im Konsortium mit der TPOC Ltd., einem Tochterunternehmen von Turkish Petroleum, und erhielt den Zuschlag für insgesamt vier Projekte in Ungarn.

In der Nähe von Galgahévíz haben Mol und O&GD nun in einer Tiefe von etwa 2400 Metern ein neues Erdölvorkommen entdeckt. Ende Mai begannen die Partner in Galgahévíz, das zum Konzessionsgebiet Mogyoród gehört, mit der Bohrung des Bohrlochs Galgahévíz-4, das innerhalb von 37 Tagen die geplante Tiefe von 2400 Metern erreichte. Nach erfolgreichen Tests wurde die Bohrung nun in Betrieb genommen. Der Förderanlage „Galgahévíz–4“ soll täglich etwa 1000 Barrel Erdöl fördern können, die in der Raffinerie in Százhalombatta verarbeitet werden sollten, wie die Mol-Gruppe mitteilte.

Die inländische Ölproduktion erreichte 2024 einen 20-Jahres-Höchststand und auch die Erdgasproduktion nahm deutlich zu. Die MOL-Gruppe nimmt als größter inländischer Produzent eine Schlüsselrolle innerhalb Ungarns ein. Das Unternehmen betreibt derzeit mehr als 1.300 Bohrlöcher im ganzen Land, unter anderem in Westungarn, der südlichen Tiefebene, der östlichen Tiefebene und in Gebieten östlich der Hauptstadt. Die Menge des in Ungarn geförderten Erdöls erreichte nach zwanzig Jahren im Jahr 2024 erneut einen Wert von mehr als 1 Million Tonnen, was einer Steigerung von 13 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Erdgasproduktion stieg im vergangenen Jahr auf 1,9 Milliarden Kubikmeter, eine Steigerung von 7%. Mit den neuen Konzessionen dürfte die inländische Förderung in den kommenden Jahren weiter gestärkt und abgesichert werden.

Physisches Treffen der „Digitalen Bürgerkreise“ in Budapest

Am Samstag, den 20. September 2025, versammelten sich 11.000 Mitglieder der „Digitalen Bürgerkreise“ in der Budapester Papp-Sportarena. Der ungarische Ministerpräsident nutzte die Gelegenheit seine Anhänger auf den anstehenden Wahlkampf einzuschwören und forderte sie auf neben dem digitalen Raum auch auf der Straße weiterhin Präsenz zu zeigen. Des Weiteren kündigte Orbán für den 23. Oktober einen weiteren „Friedensmarsch“ an und erklärte, dass die Fidesz Budapest niemals aufgeben werde.

In seiner Rede stellte er der EU-Führung – wenig überraschend – ein schlechtes Zeugnis aus, da sie keine der großen Krisen der vergangenen Jahre – Finanzkrise, Migrationskrise und Ukraine-Krieg – erfolgreich habe lösen können. Der „ungarische Weg“ hingegen zeichne sich durch eine arbeitsorientierte Gesellschaft, eine restriktive Migrationspolitik sowie umfassende Familienförderungen aus. Mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen und die erstarkte Oppositionspartei Tisza erklärte der Ministerpräsident, die Bürger könnten sich bei der nächsten Wahl zwischen dem ungarischen Weg und dem Brüsseler Weg entscheiden.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie hier.

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiumsausschreibung finden Sie hier.

Vergangene Veranstaltungen

Am **3. September 2025** nahmen **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, sowie Péter **DOBROWIECKI**, Forschungsleiter am Deutsch-Ungarischen Institut, als Redner am **Wirtschaftsforum Karpacz** teil. Bauer war Redner im Panel „The End of German Leadearship? The Transformation of Germany's Economic Model and Its Impact on Central Europe" und Dobrowiecki nahm am Panel „In the Heart of Europe: Prospects for Central European Countries Amid Current Geopolitical Changes" teil.

Am **9. September** hielt der deutsche Staats- und Verfassungsrechtler, Rechtsanwalt und Publizist **Dr. Ulrich VOSGERAU** in **Budapest** einen Vortrag mit dem Titel **„Vom stärksten Staat Europas zur krisengeschüttelten Nation? – Der Wandel Deutschlands im 21. Jahrhundert"**. In seiner tiefgreifenden Analyse hat Vosgerau aufgezeigt, wie Deutschland, das einst als Vorbild bewundert wurde, heute zu einem von Krisen geprägten Land geworden ist. Den Bericht zur Veranstaltung erreichen Sie hier.

Die nächste Veranstaltung fand am **10. September** in **Szeged** statt. Bei der Veranstaltung mit dem Titel **„Mythos und Realität"** unterhielt sich **Dániel GRÓZNER**, Projektkoordinator des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, mit **Frank-Lothar KROLL**, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Technischen Universität Chemnitz. Dabei diskutierten sie, welches Bild die Bürger der beiden Länder, Deutschland und Ungarn, am häufigsten voneinander haben – und wie die Realität aussieht. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie unter dem folgenden Link.

Am **11. September** hielt **Ulrich VOSGERAU** im MMC-Bildungszentrum in **Győr** einen weiteren Vortrag mit dem Titel **„Der Konservatismus der Zukunft"**, in dem er darlegte, wie sich die rechte Politik im Laufe der Zeit verändert habe und wie sie unter sehr

unterschiedlichen Umständen auf linke Ideologien reagiert habe. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie unter dem folgenden Link.

Das bereits zum fünften Mal stattfindende **Forum Mitteleuropa** begann am **12. September** in **Wien**, organisiert vom Liberalen Klub und der Wiener Ringstraßenakademie. Dazu eingeladen waren unter anderem **Zoltán SZALAI**, Generaldirektor des Mathias Corvinus Collegium (MCC) und **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit. Während der ersten Podiumsdiskussion am Nachmittag stellte Bauer die ungarische Konnektivitätsstrategie vor, dank der Ungarn ein erfolgreicher Verhandlungs- und Kooperationspartner aller Großmächte sei. Den vollständigen Veranstaltungsbericht können Sie hier lesen.

Chaim NOLL, deutsch-israelischer Autor und Journalist, hielt an insgesamt drei Orten, nämlich in **Nyíregyháza, Debrecen und Budapest**, einen Vortrag mit dem Titel **„Antisemitismus in Europa heute"**. Zunächst erläuterte er die historischen Wurzeln des Antisemitismus, wies dann auf die zunehmende Judenfeindlichkeit in der heutigen Zeit hin und beantwortete schließlich aktuelle Fragen aus dem Publikum, beispielsweise zum Gaza-Konflikt. Den gesamten Veranstaltungsbericht können Sie unter folgendem Link abrufen.

Professor **Oliver LEMBCKE**, Politikwissenschaftler und Hochschullehrer an der Ruhr-Universität Bochum, hielt ebenfalls zwei Vorträge in **Veszprém und Pécs**. Unter dem Titel **„Kulturkampf in Deutschland – Politik und Gesellschaft im Zeitalter der Polarisierung"** widmete sich Lembcke der zentralen Frage: Wie gespalten ist Deutschland wirklich – und welche aktuellen Konflikte gibt es? Thematisierte Streitpunkte waren Religion, Migration, Diversität, Erinnerungskultur, Medien und Diskussionskultur. Den vollständigen Bericht erreichen Sie unter dem folgenden Link.

Bevorstehende Veranstaltungen

Am **2. Oktober 2025** wird das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. einen weiteren Vortrag der Reihe **„Deutschland und Ungarn im Gespräch"** veranstalten. Der Titel des kommenden Vortrags von **Mátyás KOHÁN**, stellvertretender Redakteur für Außenpolitik der ungarischen Wochenzeitschrift Mandiner, wird **„Die ungarische Medienlandschaft"** sein. Wie gewohnt wird die Veranstaltung online via Zoom stattfinden. Einen Link zur Registration finden Sie hier.

Am **6. Oktober 2025** veranstaltet das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit einen Vortrag von **Prof. Dr. Alexander GÖRLACH,** Theologe und Geopolitik-Experte**,** mit dem Titel „**Papst Leo XIV. und die Welt**". In seinem Vortrag wird Görlach die ersten Monate des Pontifikats genauer betrachten und ausführen, welche Themen es zukünftig prägen werden. Eine Registration ist verpflichtend und die Anmeldung ist bis zum 5. Oktober 2025 unter diesem Link möglich.

Am **7. Oktober 2025** wird beim **MCC Szabadka** der Vortrag von **Bence BAUER**, Direktor der Deutsch-Ungarische Instituts für Europäische Zusammenarbeit und **Frank-Lothar KROLL**, Professor für europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Technischen Universität Chemnitz, stattfinden. Unter dem Titel **„Mythos und Realität - Ungarisch-deutsche Wechselwirkungen"** werden sie darüber diskutieren, welches Bild die Bürger der beiden Länder, Deutschland und Ungarn, am häufigsten voneinander haben – und wie die Realität aussieht.

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im September Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei **Exxpress**. In seinem ersten Artikel vom **5. September** mit dem Titel **„Deutschland muss handeln!"** analysiert er die Wirtschaftskrise in Deutschland und schlägt Lösungen vor. Den Artikel erreichen Sie hier. In seinem zweiten Artikel **„Danke Österreich!"** vom **12. September** erinnert er an das paneuropäische Picknick, über das Sie hier lesen können. In seinem dritten Artikel mit dem Titel **„Die hässliche Fratze des Antisemitismus"**, der am **19. September** erschien, warnt er vor dem wachsenden Antisemitismus in Deutschland und untersucht dessen Ursachen. Den Artikel erreichen Sie überdies auch hier. In seinem jüngsten Beitrag **„Eine Kriminelle im EP"** vom **26. September 2025** thematisiert Bauer die Nichtaufhebung der italienischen Antifa-Schlägerin Ilaria Salis, welche über die Liste der italienischen Grünen direkt aus ungarischer Untersuchungshaft in EU-Parlament gewählt wurde. Den Beitrag erreichen Sie hier.

Bence BAUER veröffentlichte am **5. September** außerdem einen Artikel in der **Budapester Zeitung**. In seinem Beitrag mit dem Titel **„Rechtstaat versus Linksstaat"** schreibt er über den Fall Maja T., eine deutsche Antifa-Aktivistin, die in Ungarn Passanten angegriffen haben soll, aber dennoch von der deutschen und europäischen Linken unterstützt wird. Den Artikel erreichen Sie hier.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifatong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/

E-Mail: mni@mcc.hu